

**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur  
**Herausgeber:** Gesellschaft Schweizer Monatshefte  
**Band:** 90 (2010)  
**Heft:** 978

**Artikel:** Debatte : die Welt ist gerade genug : anstatt der EU sollte die Schweiz lieber gleich der Welt beitreten  
**Autor:** Utzinger, André  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-168519>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 15.03.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

gegen das Umerziehen, Belagern, Besserwissen. «Der Staat meint es ja nur gut!» Längst haben wir uns daran gewöhnt, überall Rabatte, Bonuspunkte, Meilen zu kassieren. Keine Geheimpolizei bedroht uns, sondern unser eigenes Streben nach Vorteil. Der Grosse Bruder ist kein furchterregender Koloss mehr – er ist ein wohlmeinender Verführer.

Die Politik bedient sich zur Zurichtung der Bürger derselben Sozialpsychologie, die Sekten nutzen, um Herz und Verstand ihrer Anhänger zu erobern: «Geh schrittweise vor, mach keinen Druck, bleib im Hintergrund und betone die freie Wahl.» Die Inhalte der Botschaft mögen andere sein, ihre Form bleibt dieselbe. Beispielhaft zu sehen an der politischen Konjunktur der Selbstverantwortungsrhetorik. «Jeder hat es selbst in der Hand», heisst es allenthalben, was immer «es» sei. Gleichzeitig jedoch wird der Bürger permanent kanalisiert, in seiner Wahl beeinflusst, wird ihm ein Lebenskonzept verordnet. Dadurch stirbt das Bewusstsein für dieses «selbst in der Hand», und alles hofft ergeben auf das staatliche Märchen «Tischlein, deck dich!».

Genau das ist das Kernproblem der gesellschaftlichen Selbstblockade: in der Gestaltung der Rahmenbedingungen, die belohnen und bestrafen, verkommt die Selbstverantwortung zu einer «theoretischen» Position ohne lebenspraktische Wahrscheinlichkeit.

Der Steuerstaat ist eine bevormundende Macht, die ins einzelne geht, regelmässig und mild. Seine gütige Despotie wird unsichtbar, sie sinkt ein in die Mentalität der Leute. Wie das Gesundheitssystem, das sich immer auch die Kranken erschafft, die es heilen will, so erschafft sich der Steuerstaat die Nachfrage selbst. Er «erzieht» sich Menschen heran, die ihn brauchen und dadurch legitimieren. Seine geheime Dauerbotschaft: «Lerne nie, dein Leben selbst in die Hand zu nehmen!»

So produziert der Staat Menschen ohne Eigensinn, Menschen, die ohne seine Führung nicht mehr leben können. Ein erfolgreiches Konzept. Ein folgenschweres Konzept. Als Gesellschaft gelangen wir in die sozialhistorisch bedeutende Situation, dass Freiheit nicht mehr innerhalb des Staates, sondern nur noch gegen den Staat verwirklicht werden kann. Und wenn es stimmt, dass es keine «neutrale» staatliche Regelsetzung gibt, dann kann das nur heissen: möglichst wenig Regeln, peinliche Neutralität gegenüber den individuellen Lebenskonzepten der Leute – so sie nicht die Lebensführung anderer schmälern.

Wie Friedrich Dürrenmatt es so vortrefflich ausgedrückt hat: «Sei menschlich, nimm Abstand».

REINHARD K. Sprenger, geboren 1953, ist promovierter Philosoph, Unternehmensberater und Autor von «Vertrauen führt» und «Mythos Motivation» (beide Campus-Verlag).

## Debatte // Die Schweiz & die EU

*Anstatt der EU sollte die Schweiz lieber gleich der Welt beitreten*

### Die Welt ist gerade genug

André Utzinger

Die «Schweizer Monatshefte» führen eine Debatte, um die sich die Schweizer Politik noch drückt. Falls sich der Bilateralismus totläuft, soll dann die Schweiz mittelfristig der EU beitreten – oder lieber nicht? Ich habe die Debatte mit Interesse verfolgt; doch verstellt sie uns erstens den Blick auf das Wesentliche und ist zweitens gar nicht sonderlich relevant.

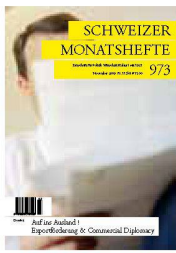
Zum ersten Punkt. Die Rolle der Schweiz muss zu Beginn des 21. Jahrhunderts nicht primär in der Umklammerung durch die EU analysiert werden, sondern im weiteren Kontext der Globalisierung als eines gegebenen ökonomischen, aber auch kulturellen und sozialen Prozesses. Nun sind die meisten Phänomene der Globalisierung des ausgehenden 20. und frühen 21. Jahrhunderts nichts sonderlich Neues, und der Begriff ist insofern überstrapaziert. Es gibt jedoch ein signifikantes Merkmal, das die Nationalstaaten und ihre Bürger vor grundsätzlich neuartige Herausforderungen stellt. Am griffigsten lässt sich dies mit dem erklären, was der britische Soziologe Anthony Giddens als Trennung zwischen *space* und *place* bezeichnet, zwischen einem indifferenten globalen Raum und einem persönlichen, lokal bestimmten Ort.

Gemeint ist, dass die Sphären sozialer Interaktion immer weniger an bestimmte örtliche Voraussetzungen gebunden sind. Was irgendwo im Welt-Raum passiert, kann Auswirkungen auf einen beliebigen Ort haben, an dem ich mich gerade befinde. Globalisierung bedeutet heute nicht einfach, dass die Welt «kleiner» und verflochtener wird, sondern vor allem, dass der geographische Ort für immer mehr Handlungszusammenhänge schlicht keine Relevanz mehr besitzt (die vom amerikanischen Hypothekenmarkt durch globale Streuung der Risiken ausgegangene Finanzkrise liefert hierfür reichlich Anschauungsmaterial).

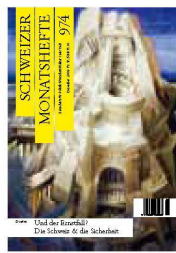
Diese Entwicklung trifft den Nationalstaat im Kern seiner Logik – der ungeteilten Souveränität über ein begrenztes Territorium. Was zur Debatte steht, weil faktisch bereits in vollem Gange, ist folglich die Transformation des Souveränitätsbegriffs. Davon kann auch die Bedeutung des Souveräns – d.h. des Volkes – nicht unberührt bleiben.

Frédéric Walthards Beitrag zur Debatte bringt dies symptomatisch zum Ausdruck. Der Frage, ob man ausserhalb

## Bisheriger Verlauf



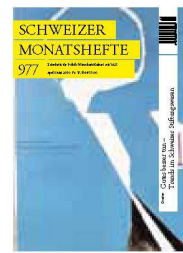
Dieter Freiburghaus //  
«Aussenwirtschaftspolitik ohne  
Führung» (973)



René Scheu // «Müde EU-  
Enthusiasten» (974)



Dieter Freiburghaus //  
«Dünnhäutige  
Beitrittsgegner» (976)



Frédéric Walthard //  
«Wir haben nichts zu  
sagen» (977)

der EU ohne oder innerhalb der EU mit Stimmrecht mehr zu sagen habe, ist eigentlich die Erkenntnis vorgelagert, dass man (sprich: das Schweizer Volk) in beiden Fällen nicht mehr sonderlich viel zu sagen hat. Im Kontext dieser Herausforderung muss sich die Schweiz (und nicht nur sie) positionieren. Vor jeder EU-Debatte ist daher eine Strategie zur erfolgreichen Bewältigung der gegenwärtigen Form der Globalisierung vonnöten.

Der normative Massstab bei dieser Strategiefindung kann wohlgerne nicht die Maximierung der Autonomie der Schweiz sein. Das Land ist nicht Zweck an sich. Das Leitprinzip ist die Garantie der maximalen Freiheit des Individuums unter der Herrschaft des Rechts. Der Nationalstaat kann – zumindest in seiner wesentlich dem 19. Jahrhundert entstammenden Idee – hierfür nicht mehr das alleinige Mittel sein, weil die zu schützenden Freiheitsräume (im Sinne von *space*) immer weniger an territorial abgegrenzte Orte (im Sinne von *place*) gebunden sind. Deshalb muss er im Interesse seiner Bürger überschritten werden. In einer globalen Ära verbündet sich der Liberalismus mit dem Kosmopolitismus.

Dies führt zu meinem zweiten Argument, nämlich der Analyse, inwiefern die Option des EU-Beitritts für eine zweckdienliche transnationale Integration überhaupt relevant ist. Zunächst ist der Prozess der europäischen Einigung sicherlich zu würdigen. Die EU ist ein historisch beispielloses Experiment zur Schaffung eines institutionellen Rahmens, der Frieden und Wohlstand über die Grenzen der Einzelstaatlichkeit hinaus fördern und garantieren soll.

Entscheidend für den weiteren Erfolg dieses Experimentes ist jedoch sein grundlegender Versuchsaufbau. Am vielversprechendsten wäre ein politisch-rechtlicher Rahmen, der den obenbeschriebenen globalisierten, territorial entkoppelten Handlungszusammenhängen Rechnung trägt. Gesucht ist eine strukturelle Ähnlichkeit zwischen den sozialen und ökonomischen Interaktionen einerseits und der sie leitenden politisch-rechtlichen Rahmenordnung andererseits. Betrachtet man den Grossraum Europa als fragmentiertes und un abgeschlossenes Gebilde, in dem die individuellen Interaktionen unter den Vorzeichen der Globalisierung, jenseits territori-

aler Gebundenheit, aufs engste miteinander verwoben sind, dann müsste die EU genau dieses Muster auf der politisch-rechtlichen Ebene abbilden können.

Tatsächlich, so kann man argumentieren, ist die EU auch in diese Richtung gegangen. Sie ist weder ein Staatenbund noch ein Bundesstaat. Vor allem aber ist sie keine feststehende Einheit, sondern ein offener Prozess. Gehorcht dieser Prozess dem Bedürfnis freier Weltbürger, dann müsste die Union ein funktional-differenziertes, mehrschichtiges, dezentrales und asymmetrisches Konstrukt sich überlappender Souveränitäten sein.

Eine derartige politische Architektur wiese Offenheit für individualisierte Zugehörigkeiten zu verschiedenen Politikbereichen auf. Und dies würde bedeuten, dass der Unterschied zwischen einer Vollmitgliedschaft einerseits und einer bilateral gewachsenen Assoziierung in Teilbereichen andererseits zur Unkenntlichkeit verschwimmt. Ginge die EU diesen – meines Erachtens zukunftsrichtigsten – Weg, würde die Frage Beitritt Ja oder Nein hinfällig.

Zugegeben, ein solches Gebilde zwischen, oder besser jenseits, von Bundesstaat und Staatenbund fordert die Vorstellungskraft gehörig heraus – doch das sollte nicht abschrecken. Ein Zurück zur Logik des Nationalstaates ist unter den beschriebenen Bedingungen sich globalisierender Gesellschaften keine Option. Ebensovienig zukunftsrichtig ist aber eine «Schliessung» des Integrationsprozesses zu einem europäischen Superstaat mit zentralistischer Tendenz. Ginge die EU diesen Weg – und bedauerlicherweise sieht es im Moment danach aus –, würden auf höherer Ebene genau diejenigen Strukturen reproduziert, die sich als dem Globalisierungsprozess nicht mehr angemessen herausgestellt haben.

Eine solche EU verkörpert eine bereits unzeitgemässe Evolutionsstufe politischer Entwicklung. Mit etwas visionärem Wagemut liesse sie sich womöglich glatt überspringen.

ANDRÉ UTZINGER, geboren 1971, wurde mit einer Arbeit über «Identities and Institutions beyond the Nation State. The Case of the Emerging European Polity» in Politischer Philosophie an der Universität Zürich promoviert. Heute arbeitet er als Analyst bei der Forma Futura Invest AG.